Stellungnahme zum Haushaltsplan 2022 Stadt Röthenbach vom 27.04.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Letztes Jahr waren unsere Planungen noch überschattet von vielen Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.
Das Jahr 2021 ist im Rückblick dann für unsere Stadtfinanzen positiver verlaufen als vielleicht befürchtet. Zwar gab es negative Überraschungen wie z.B. Bauverzögerungen und das Ausbleiben der erwarteten Sonderförderungen des Freistaates für die anstehenden Kita-Neubauten.

Aber auch eine einmalige und unerwartete Zahlung im Millionenbereich bei den Gewerbesteuern ermöglichte es uns, geplante Darlehen nicht zu beanspruchen und bedeutende Beträge in die Rücklagen einzustellen.

Leider können wir solche Steuerüberraschungen nicht auch dieses Jahr erwarten und schon gar nicht einplanen. In 2023 werden sich dann ausbleibende Schlüsselzuweisungen sowie höhere Umlagen an den Landkreis in Folge der 2021 erhaltenen Gewerbesteuer deutlich in den Stadtfinanzen niederschlagen und wieder Entnahmen aus den eben gebildeten Rücklagen nötig machen.

Die Risiken der Pandemie bleiben. Jetzt sind auch noch die Folgen des Kriegs in der Ukraine sowie eine schon lange nicht mehr gekannte Inflationsentwicklung dazu gekommen.

Inflation bedeutet höhere Kosten bei den Investitionen, steigende Personalkosten, höhere Kreditzinsen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang auch noch auf die Energiekosten im Haushalt richten:

Die Planzahlen für 2022 in den diversen Haushaltstellen sind gesammelt folgende:

Direkte Heizungskosten	EUR 189.300
Kosten für Strom/Gas	EUR 495.250
Spritkosten für Fahrzeuge	EUR 125.600
Summe	EUR 810.150

Dies sind die vor der Preisexplosion im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg für 2022 geplanten Energiekosten der Haushaltsstellen, welche nicht direkt umgelegt können. Energiekosten der Abwasserentsorgung sowie der städtischen Mieter sind hier gar noch nicht enthalten.

Sie wissen alle, welche Preissprünge wir die letzten Wochen erlebt haben. Wie hoch uns diese Verteuerungen noch dieses Jahr betreffen werden wird sich zeigen. Die Risiken sind jedenfalls gewaltig und können schnell 6-stellige Beträge erreichen.

Die in den letzten Jahren mit von uns initiierte Konsolidierung der städtischen Finanzen ist sicherlich noch nicht abgeschlossen. Allerdings können wir bestätigen, dass sich alle Fraktionen in den Haushaltsberatungen bemüht haben, neue und unnütze Ausgaben zu vermeiden. Die Investitionen beschränken sich im Wesentlichen auf notwendige Ausgaben für die Schul- und Kinderbetreuung, den Straßenunterhalt, Ersatzbeschaffungen sowie notwendige personelle Ergänzungen. Hierzu Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen.

Es freut uns, dass wir die Jugendarbeit mit einer neu besetzten Stelle im JUZ wieder priorisieren und neu aufstellen können.

Auch sind wird sehr zufrieden damit, dass die Arbeit unserer Managerin für Umwelt- und Klimaschutz jetzt wohl bei allen Fraktionen als nötig und zeitgemäß empfunden wird.

Ihre Fachkompetenz werden wir künftig auch benötigen, um die schon genannten Energiekosten von geplant EUR 810.150 in Zukunft zu begrenzen. Wir hoffen in diesem Zusammenhang auf eine baldige Umsetzung der beschlossenen Beteiligungsmöglichkeit der Bürger*innen an künftigen Energieprojekten wie PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden. Anstehende Gesetzesnovellen des Bundes und hoffentlich auch ein Ende der aktuellen Blockaden innerhalb der bayerischen Staatsregierung sollten uns hier bald viele Möglichkeiten öffnen.

Auch sind wir gespannt, welche Ergebnisse das aktuelle laufende Verkehrsgutachten bringen wird. Eine zeitgemäße Verkehrsinfrastruktur, die auch den Radverkehr ernst nimmt, ist ein zunehmender Standortfaktor. Halten wir hier nicht an überholten Verkehrskonzepten fest.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft wird aktuell personell neu aufgestellt. Die Schaffung und Erhaltung von bezahlbaren Wohnraum bleibt eine wichtige Aufgabe für unsere Stadt. Gerade hier haben wir die Chance, mit energetischer Sanierung unsere Anforderungen an eine Reduzierung der Treibhausemissionen mit einer Minderung der Nebenkosten für die Mieter zu verbinden.

Wir danken Frau Gayduschek und Ihrem Team für die gute Aufarbeitung des Zahlenwerks. Die nach unserer Einschätzung vorsichtige Planung v. a. bei den zu erwartenden Gewerbesteuern ist Voraussetzung, um die genannten Risiken dieses Haushalts ggf. abfedern zu können.
Wir werden dem vorgelegten Haushalt 2022 sowie der Finanzplanung zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Dieter Hammer

Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
DIETER HAMMER